

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Konrad-Adenauer-Allee 1 · 45657 Recklinghausen

An

Den Landrat

Herrn Bodo Klimpel

Kurt-Schumacher-Allee 1

45657 Recklinghausen

**Kreistagsfraktion Recklinghausen**

Silke Krieg

· Mitglied

Mo Vermeer

· Mitglied

Regina Weyer

· Mitglied

Kinga Krupa

· Mitglied

Roland Gaschnitz

· Mitglied

Nina Wulbrand

· Vorsitzende

Timo Eismann

· Stv. Vorsitzender

Geschäftsstelle

Konrad-Adenauer-Allee 1

45657 Recklinghausen

fraktion@gruene-kreis-re.de

Recklinghausen, 30. November 2025

## ***Änderungsantrag zum Antrag CDU/SPD – Stärkung der Chemieindustrie***

Sehr geehrter Herr Landrat Klimpel,

wir bitten Sie, den nachstehenden Änderungsantrag zum Antrag von CDU und SPD „Stärkung der Chemie- und energieintensiven Industrie im Kreis Recklinghausen und der Region“ auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Kreistags am 01.12.2025 zu setzen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt folgenden, geänderten Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag möge beschließen, die Kreisverwaltung wird beauftragt, Gespräche mit den Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern der Chemieunternehmen und der energieintensiven Industrie im Kreis Recklinghausen zu führen, um eine gemeinsame Position und Strategie zur Stärkung der Branche vor Ort herbeizuführen, die die industrielle Basis der Region bilden.
2. Der Kreistag Recklinghausen fordert die Bundesregierung und die Europaabgeordneten der sie tragenden Parteien auf, sich auf europäischer Ebene für einen CO2 Grenzausgleich einzusetzen, der einen fairen Wettbewerb ermöglicht, den Welthandel gerechter macht und einen Raum für klimafreundliche und damit zeitgemäße Produktion der europäischen Industrie schafft.
  - die den energie- und CO2 intensiven Industrien ab 2026 entsprechend dem Chemie- und Raffinerie-Pakt des Landes NRW gezielte Erleichterungen ermöglicht,
  - die bestehende Wettbewerbsungleichgewichte abbaut, indem etwa die schnelle Umsetzung eines Industriestrompreises ermöglicht wird,

- die anregt, dass die daraus entstehenden finanziellen Spielräume an den regionalen Standorten genutzt werden,
  - die den Erhalt von Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und der industriellen Basis im Kreis Recklinghausen und der Metropole Ruhr gewährleisten.
3. Die Kreisverwaltung berichtet regelmäßig über den Stand der Initiativen zu Ziffern 1. und 2. im Kreisausschuss.
  4. Der nun beschlossene „Chemie- und Raffinerie-Pakt NRW“ der Landesregierung stellt den Schulterschluss der schwarz-grünen Landesregierung mit dem VCI, Wirtschaftsverband Fuels und Energie und der Gewerkschaft IGBCE dar. Der Chemie- und Raffinerie-Pakts NRW ist zukunftsgerichtet und stellt einen ganzheitlichen Ansatz dar. Er beinhaltet neben Forderungen der Entlastungen der Industrie auch den Ausbau von Zukunftstechnologien und Energieinfrastruktur sowie den Abbau von Bürokratie. Nur so lassen sich Standorte und die dortigen Arbeitsplätze sichern, die internationale Wettbewerbsfähigkeit steigern und die dringend notwendige Transformation der Chemie- und Raffinerieindustrie in NRW forcieren. Der Kreis Recklinghausen unterstützt den Chemie- und Raffinerie-Pakt NRW auf allen Ebenen.

#### **Begründung:**

Bündnis 90 / Die Grünen stellt sich eindeutig und nachdrücklich hinter die Chemieindustrie und hinter energieintensive Unternehmen im Kreis Recklinghausen und somit auch – grundsätzlich – hinter den Antrag der CDU und SPD.

Die nachhaltige Sicherung von Arbeitsplätzen ist eine wesentliche Forderung unserer Politik auf Kreis- und Landesebene. Bereits vor geraumer Zeit initiiert Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Bündnis 90 / Die Grünen) den Dialog zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Landesregierung.

Der nun beschlossene „Chemie- und Raffinerie-Pakt NRW“ der Landesregierung stellt den Schulterschluss der schwarz-grünen Landesregierung mit dem VCI, Wirtschaftsverband Fuels und Energie und der Gewerkschaft IGBCE dar. Durch dessen Unterstützung durch den Kreis Recklinghausen entfaltet der Pakt eine größere Wirkung als der inhaltliche weniger weitgehende Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und der SPD.

Zentrale Forderungen und Maßnahmen des Chemie- und Raffinerie-Pakt NRWs auf Landes- und Bundesebene sind:

- Dauerhafte Senkung von Netzentgelten und Stromsteuer
- Ausweitung der Strompreiskompensation
- Dauerhafte Abschaffung der Gasspeicherumlage
- Einführung eines Industriestrompreises ab 2026, von dem auch energieintensive Industrien und Chemieparksstrukturen profitieren
- Beschleunigter und kosteneffizienter Ausbau der Stromnetze
- Aufbau von Infrastruktur und rechtliche Rahmenbedingungen für CCUS, auch für die Prozessdampfversorgung

- Technologieoffenheit und Pragmatismus beim Wasserstoffhochlauf und Aufbau eines H2-Netzes
- Investitionsfreundliche Ausgestaltung von Schlüsselregulierungen für klimafreundliche Moleküle und Technologien inklusive einer praxistauglichen Stoffpolitik
- Praxistaugliche, schnelle und moderne Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturen und Anlagen
- Wettbewerbsfähige gesetzliche Rahmenbedingungen auf allen staatlichen Ebenen (EU, Bund, Land)

Der Pakt adressiert seine Forderungen zur Stärkung der Chemie- und Raffinerieindustrie sachbezogen und der Zuständigkeit entsprechend an die Bundesregierung und die Europäische Kommission.

Der Chemie- und Raffinerie-Pakts NRW ist zukunftsgerichtet und stellt einen ganzheitlichen Ansatz dar. Er beinhaltet neben Forderungen der Entlastungen der Industrie auch den Ausbau von Zukunftstechnologien und Energieinfrastruktur sowie den Abbau von Bürokratie. Nur so lassen sich Standorte und die dortigen Arbeitsplätze sichern, die internationale Wettbewerbsfähigkeit steigern und die dringend notwendige Transformation der Chemie- und Raffinerieindustrie in NRW forcieren.

Für eine Synopse, siehe Anhang.

Eine weitere Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich.

Mit freundlichen Grüßen,



Nina Wulbrand

**Fraktionsvorsitzende**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kreistagsfraktion Recklinghausen

1. Der Kreistag möge beschließen, die Kreisverwaltung wird beauftragt, Gespräche mit den Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern der Chemieunternehmen und der energieintensiven Industrie im Kreis Recklinghausen zu führen, um eine gemeinsame Position und Strategie zur Stärkung der Branche vor Ort herbeizuführen, die die industrielle Basis der Region bilden.
  
2. Der Kreistag Recklinghausen fordert die Bundesregierung und die Europaabgeordneten der sie tragenden Parteien auf, sich auf europäischer Ebene für **eine Reform des EU-Emissionshandels einzusetzen einen CO2 Grenzausgleich einzusetzen, der einen fairen Wettbewerb ermöglicht, den Welthandel gerechter macht und einen Raum für klimafreundliche und damit zeitgemäße Produktion der europäischen Industrie schafft.**
  - die den energie- und CO2 intensiven Industrien ab 2026 **keine zusätzliche Belastung durch CO2-Bepreisung, sondern entsprechend dem Chemie- und Raffinerie-Pakt des Landes NRW** gezielte Erleichterungen ermöglicht,
  - die bestehende Wettbewerbsungleichgewichte abbaut, indem etwa die schnelle Umsetzung eines Industriestrompreises ermöglicht wird,
  - die anregt, dass die daraus entstehenden finanziellen Spielräume an den regionalen Standorten genutzt werden,
  - die den Erhalt von Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und der industriellen Basis im Kreis Recklinghausen und der Metropole Ruhr gewährleisten.
  
- ~~3. Der Kreistag steht zum Vestischen Klimapakt und den gemeinsamen Klimazielen, deren Umsetzung ein Erfolg von Kreisverwaltung mit Landrat Klimpel und der SPD- und CDU-Kreistagsfraktion bleiben und auch fortgesetzt werden. Gleichmaßen müssen wir auch die wirtschaftliche Stärke der Region bewahren. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die einzelnen Ziele und Maßnahmen im Hinblick auf die derzeitige Lage der Chemieindustrie kritisch zu evaluieren. Dies darf weiterhin kein Gegensatz, sondern ein Argument für die Stärke des Kreises Recklinghausen bleiben.~~
  
4. Die Kreisverwaltung berichtet regelmäßige über den Stand der Initiativen zu Ziffern 1. und 2. im Kreisausschuss.
  
5. **Neuer Punkt 4.: Der nun beschlossene „Chemie- und Raffinerie-Pakt NRW“ der Landesregierung stellt den Schulterschuß der schwarz-grünen Landesregierung mit dem VCI, Wirtschaftsverband Fuels und Energie und der Gewerkschaft IGBCE dar.**

**Der Chemie- und Raffinerie-Pakts NRW ist zukunftsgerichtet und stellt einen ganzheitlichen Ansatz dar. Er beinhaltet neben Forderungen der Entlastungen der Industrie auch den Ausbau von Zukunftstechnologien und Energieinfrastruktur sowie den Abbau von Bürokratie. Nur so lassen sich Standorte und die dortigen Arbeitsplätze sichern, die internationale Wettbewerbsfähigkeit steigern und die dringend notwendige Transformation der Chemie- und Raffinerieindustrie in NRW forcieren.**

**Der Kreis Recklinghausen unterstützt den Chemie- und Raffinerie-Pakt NRW auf allen Ebenen.**